



## Ölriese

Der russische Energiekonzern Rosneft ist auf allen Kontinenten tätig und berührt damit transatlantische Interessen. Trotz Rückschlägen treibt das Staatsunternehmen seine Internationalisierung voran – auch mit Gerhard Schröder. Von Jörg Kronauer

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 21. AUGUST 2017 · NR. 193 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Schlappe

In Berlin-Spandau wollten Hunderte Neonazis an Rudolf Heß erinnern – weit kamen sie nicht

4

### Online

Aldi will Amazon beim Versand von Lebensmitteln Paroli bieten – auch auf dem US-Markt

5

### Angebot

Niederlande: Drohende Privatisierung eines kommunalen Energiekonzerns sorgt für Unruhe

9

### Warentausch

Vorabdruck: Über eine Funktionsbestimmung in Marx' »Kapital«. Von Konrad Lotter

12

# Die Arroganz der Macht

Washington setzt in Ostasien auf Eskalation. Großmanöver mit 17.500 US-Soldaten simuliert erneut Invasion in Nordkorea.

Von Rainer Werning



Aggression auf der koreanischen Halbinsel: »F-4«-Kampffjets am 28. August 2015 bei einem Manöver unweit der demilitarisierten Zone

Am heutigen Montag wird trotz der anhaltend prekären Sicherheitslage in der Region erneut ein Militärmanöver in Südkorea beginnen. An der Übung »Ulchi Freedom Guardian« (UFG) nähmen 17.500 US-Soldaten teil, gab das US-Verteidigungsministerium am Freitag bekannt. Zusätzlich zu den Truppen beider Staaten schlossen sich auch Soldaten aus Australien, Kanada, Kolumbien, Dänemark, Neuseeland, den Niederlanden und Großbritannien an.

Bei dem Manöver handele es sich laut dem Pentagon »um eine computersimulierte Defensivübung, mit der die Bereitschaft zum Schutz der Region verbessert und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel gewährleistet werden sollen«. Seit Jahren finden in Südkorea US-amerikanisch-südkoreanische Militärübungen statt, von denen neben UFG die meist zwischen Februar und April abgehaltenen Manöver »Foal Eagle« und »Key Resolve« die

größten sind. Während im Rahmen von »Foal Eagle« jährlich über 200.000 Soldaten »den Ernstfall« – sprich: das Anlanden in der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) – üben, dient »Key Resolve« als eine Übung zur Kommandoschulung des auf Hawaii beheimateten United States Pacific Command.

All diese Manöver werden seitens des Pentagons und Seouler Verteidigungsministeriums öffentlich mit der angeblichen Bedrohung aus dem Norden gerechtfertigt. Die Führung in Pjöngjang äußert indes jedes Mal harsche Kritik und sieht darin gezielte Provokationen. In Südkorea mehrten sich die Stimmen derer, die solche Manöver für anachronistisch halten, da sie den innerkoreanischen Dialog stören.

Angesichts der martialischen Äußerungen von US-Präsident Donald Trump in der vergangenen Woche, er werde mit »Feuer und Zorn« gegen Nordkorea vorgehen, wobei die Waf-

fen bereits »entsichert und geladen« seien, stellt das UFG-Manöver eine gigantische Demonstration der »Arroganz der Macht« dar. Diesen Begriff hatte US-Senator William Fulbright während des Vietnamkrieges Mitte der 1960er Jahre geprägt, zu einer Zeit, da sich der damals amtierende Verteidigungsminister Robert S. McNamara als Superfalte aufführte. Ausgerechnet letzterer war in seinen 1995 veröffentlichten Memoiren »Vietnam – Das Trauma einer Weltmacht« zu einer stupenden Einsicht gelangt: »Wir haben uns geirrt, schrecklich geirrt.«

Eine solche Sicht der Dinge wäre auch mit Blick auf den Koreakrieg (1950–53) mit insgesamt weit über vier Millionen Toten längst überfällig. Während dieses »Krieges vor Vietnam« kamen laut US-Luftwaffengeneral Curtis LeMay, dem damaligen Chef des Strategic Air Command, 20 Prozent der nordkoreanischen Bevölkerung ums Leben. Mit 635.000 Tonnen Spreng- und

Brandbomben – einschließlich über 32.000 Tonnen des erstmals flächendeckend eingesetzten Napalm – wurden Nordkoreas Städte mehr verwüstet als deutsche und japanische während des Zweiten Weltkriegs.

Bitterer nötig denn je sind sensible politisch-diplomatische Annäherungsversuche. Zur Erinnerung: Als Expräsident William Clinton Mitte der 1990er Jahre im Konflikt um das Atomprogramm der DVRK kurzzeitig erwog, Nordkorea zu bombardieren, listeten General Gary Luck und später Major Daniel Orcutt die desaströsen Konsequenzen eines solchen Schlags auf – einschließlich der Zerstörung Seouls. Statt des Angriffs kam es am 21. Oktober 1994 in Genf zur Unterzeichnung des Rahmenabkommens zwischen Washington und Pjöngjang. Dieses sah unter anderem sogar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor und gab Nordkorea eine Sicherheitsgarantie.

## Erdogan im Verfolgungswahn

Auf Betreiben der Türkei in Spanien festgenommener Schriftsteller unter Auflagen frei

Der auf Betreiben der Türkei in Spanien festgenommene deutsche Schriftsteller Dogan Akhanli kommt unter Auflagen frei. Er muss aber zunächst in der Hauptstadt Madrid bleiben, wie sein Anwalt Ilias Uyar der Nachrichtenagentur dpa am Sonntag bestätigte. Zunächst hatte die ARD darüber berichtet. »Er ist erschöpft«, sagte Uyar der dpa. Die Türkei habe jetzt 40 Tage Zeit, einen Auslieferungsantrag an Spanien zu stellen und zu begründen. Dann werde es in Spanien ein Auslieferungsverfahren mit Anhörung geben.

Die spanische Polizei hatte Akhanli am Sonnabend festgenommen. Er hatte Urlaub in Granada gemacht. Was genau ihm vorgeworfen wird, war zunächst unklar. Der Schriftsteller lebt seit seiner Flucht 1991 in Deutschland und hat nur die deutsche Staatsbürgerschaft.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) begrüßte am Sonntag die vorläufige Freilassung. »Es wäre schlimm, wenn die Türkei auch am anderen Ende Europas erreichen könnte, dass Menschen, die ihre Stimme gegen Präsident Erdogan erheben, in Haft geraten würden«, erklärte der Außenamtchef. »Ich

habe vollstes Vertrauen in die spanische Justiz und weiß, dass unsere Freunde und Partner in der spanischen Regierung wissen, um was es geht.«

Der frühere SPD-Chef hatte sich noch am Sonnabend eingeschaltet und mit seinem spanischen Kollegen Alfonso Dastis telefoniert, um eine Auslieferung des türkischstämmigen Schriftstellers an Ankara zu verhindern.

Offenbar benutzt Erdogan Interpol als Werkzeug für seinen Verfolgungswahn. Akhanli war als Folge einer sogenannten Red Notice bei der internationalen Polizeiorganisation im Auftrag

der Türkei festgenommen worden. Damit kann ein Staat die Festnahme eines Gesuchten mit dem Ziel der Auslieferung beantragen.

In seinen Werken befasst sich der 1957 geborene Schriftsteller auch mit der Verfolgung der Armenier in der Türkei – einem höchst kontroversen Thema, bei dem in Akhanlis alter Heimat regelmäßig die Emotionen hochkochen. Er selbst wurde nach dem Militärputsch 1984 verhaftet. Von 1985 bis 1987 saß er in Istanbul in einem Militärgefängnis. (dpa/jw)

■ Siehe Kommentar Seite 8

## Assad kritisiert westliche Staaten



Damaskus. Der syrische Präsident Baschar Al-Assad lehnt die Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten, die ihre »Verbindungen zum Terrorismus« nicht kappen, ab. In einer Rede zur Eröffnung einer Konferenz im Außenministerium in Damaskus schloss Assad am Sonntag eine Sicherheitskooperation genauso aus wie die Eröffnung von Botschaften, sagte er nach Angaben der staatlichen syrischen Nachrichtenagentur SANA. Die Zukunft und das Schicksal des Landes seien zu 100 Prozent die Angelegenheit Syriens, erklärte Assad. Die von Russland vermittelten regionalen Waffenstillstandsvereinbarungen begrüßte er als Mittel, das Blutvergießen zu beenden. Sie ermöglichten zudem ein Ende des Aufstands sowie die Entwaffnung der Kämpfer. (dpa/Reuters/jw)

## BKA speicherte jahrelang widerrechtlich Daten

Berlin. Sechs Wochen nach dem Entzug ihrer Akkreditierung beim G-20-Gipfel in Hamburg haben die ersten betroffenen Journalisten nach Darstellung der ARD Auskunft vom Bundeskriminalamt (BKA) bekommen. Zuvor hatte die Bundesregierung in drei Fällen Verwechslungen eingeräumt. Die nun der ARD vorliegenden Sicherheitseinschätzungen des BKA beruhen zum Teil auf falschen, zum Teil auf »eindeutig rechtswidrigen Einträgen in Verbunddateien«. Über den Berliner Fotojournalisten Florian Boillot sei zum Beispiel in der Datei »Politisch motivierte Kriminalität« als auch in der Datei »Gewalttäter links« das Strafdelikt »Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte« gespeichert. Von diesem Vorwurf sei Boillot allerdings schon im Mai »aus tatsächlichen Gründen« freigesprochen worden. Damit hätte der Vorgang umgehend gelöscht werden müssen. In anderen Fällen wurden Einträge über zehn Jahre gespeichert, obwohl sie längst hätten gelöscht werden müssen. (Reuters/jw)

**jw** wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

